



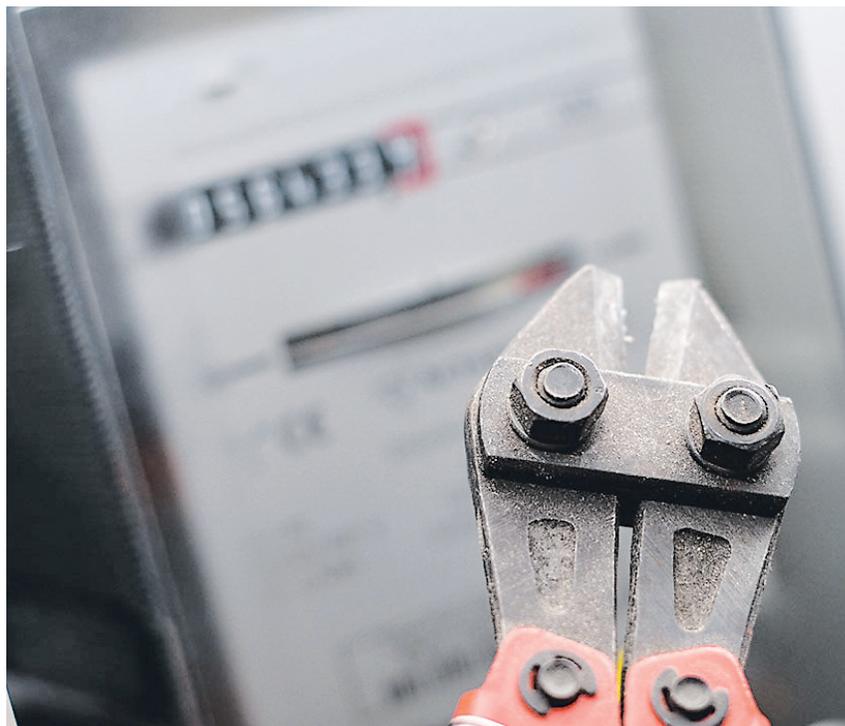
# Stromsperren verhindern

Die Sozialexpertin Karola Stange (DIE LINKE) sieht bei den Preisexplosionen auch die Kommunen in der Pflicht. Die Armutsquote in Thüringen ist bereits letztes Jahr auf fast 19 Prozent gestiegen. Deshalb braucht es vor Ort runde Tische gegen Strom- und Gassperren.

Die Preise für Strom, Gas und Lebensmittel explodieren. Jetzt sind auch die Kommunen in der Pflicht. Die kommunalen Verwaltungen müssen ihren Beitrag leisten, damit niemand in Existenznöte kommt. Dazu nennt die Erfurter Stadträtin Karola Stange (DIE LINKE, MdL), Handlungsoptionen:

„Monatelanges Warten auf Bewilligung von Geldern ist in der aktuellen Situation fatal. Es gilt zu verhindern, dass Menschen wegen extremer Energiekosten unverschuldet in Not geraten. Deshalb braucht es eine schnelle und unbürokratische Bearbeitung von Anträgen für Sozialleistungen wie beispielsweise für das Wohngeld.“

Zusätzlich fordert Stange kommunale runde Tische, die alle notwendigen Akteur\*innen mit einbeziehen. So könne umgehend über die neuesten Entwicklungen informiert und notwendige Maßnahmen besser ergrif-



Jeder 5. Mensch in Thüringen ist arm. Entsprechend groß ist die Angst, dass bei Zahlungsrückständen die Stromleitung gekappt wird.

fen werden. Plattformen wie runde Tische sollten sich insbesondere mit der Frage auseinandersetzen, wie vor Ort Strom- und Gassperren vermieden werden können.

Gerade in Thüringen werden viele Menschen an ihre finanzielle Belastungsgrenze stoßen: Laut Paritätischen Armutsbericht (2022) lag die Armutsquote in Thüringen im Jahr 2021 bereits bei traurigen 18,9 Prozent. Damit zählt fast jede\*r Fünfte im Freistaat als arm. Die Kostenexplosionen treffen immer mehr aber auch die Mittelschicht – noch mehr Arbeit für die Kommunen.

Karola Stange fordert deshalb: „In Sondersitzungen der Kommunalräte soll ein Austausch über Handlungsmaßnahmen ermöglicht werden. Hier gilt es sich auch mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit Kommunen Gelder bereitstellen können, um soziale Vereine und Verbände zu unterstützen.“

## „Sozialgerechte“ Wohnungen für alle

Geänderte Wohn-Richtlinie lässt alle profitieren.

Keine Wohnungen zur Unterbringung von Geflüchteten vorhanden. So tönte es den Sommer über vor allem in den Kreistagen. Die Aufnahme von Geflüchteten wurde deshalb abgelehnt.

Der CDU-Landrat aus dem Wartburgkreis, Reinhard Krebs, musste jetzt zugeben: Durch eine Anpassung der Angemessenheitsgrenzen in der Richtlinie für Kosten der Unterkunft und Heizung kann sehr wohl weiterer Wohnraum erschlossen werden. Das ergab eine Anfrage der LINKEN im Kreistag.

Dummerweise sieht der Landrat keine Notwendigkeit. Dabei ist der Landkreis verpflichtet, Geflüchtete aufzunehmen und zu versorgen.

Andererseits haben schon vor dem Ukraine-Krieg die Bezieher:innen von Hartz IV bzw. Grundsicherung im Alter vermehrt Probleme gehabt, eine „sozialgerechte“ Wohnung zu



Während die Severikirche in ukrainischen Farben leuchtet, stehen Geflüchtete ohne Wohnung da.

finden. Klar ist aber, dass alle Bezieher\*innen von Sozialleistungen von einer Anpassung der Richtlinie profitieren.

## Freiwillige Leistungen gesichert

R2G lockert kommunale Haushaltsvorschriften.

Der Landtag hat die Ausnahmeregelung bis Ende 2023 verlängert. Somit können Gemeinden, Städte und Landkreise ihre so genannten freiwilligen Leistungen, auch ohne rechtskräftigen Haushalt bedienen. Die ursprünglich für die Zeit der Coronapandemie geschaffene Ausnahmeregelung in Paragraph 62a Thüringer Kommunalordnung wurde verlängert. Das geschah mit Blick auf die stark gestiegenen Energiepreise. Konkret erlaubt das Gesetz den Kommunen von den strengen Haushaltsvorschriften abzuweichen. Heißt die Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte sind auch dann möglich, wenn die Haushaltssatzung noch nicht in Kraft getreten ist. Das gilt für kommunale Aufgaben auf sozialem, kulturellem oder sportlichem Gebiet. Damit ist es rechtlich möglich, dass die Kommunen ihre bisherigen Zuschüsse an Vereine und Verbände



Zu den freiwilligen Leistungen gehören auch viele Freibäder.

auch in den kommenden Monaten leisten können.

### Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER  
Kommunalpolitisches Forum  
Thüringen e.V.  
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann  
Landesgeschäftsstelle  
Trommsdorffstraße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: 0361 54128389